

FRIEDENSNOBELPREISREDE VON ÄRZTE OHNE GRENZEN

von Dr. James Orbinski, Präsident des Internationalen Rates von
Médecins Sans Frontières/Ärzte ohne Grenzen

10. Dezember 1999

Majestät, Hoheit, sehr geehrte Mitglieder des norwegischen Nobelkomitees, Exzellenzen, meine Damen und Herren: Die Menschen in Tschetschenien – und besonders die Menschen in Grosny – ertragen bereits seit drei Monaten und selbst am heutigen Tag die wahllosen Bombardements der russischen Armee. Humanitäre Hilfe ist diesen Menschen praktisch unbekannt. Die Kranken, die Alten und die Gebrechlichen können nicht aus Grosny fliehen.

Im Mittelpunkt der Ehre, die Sie uns heute erweisen, steht die Würde dieser Menschen in Not. Ihre Würdigung an Ärzte ohne Grenzen ist unsere spezifische Antwort auf die Not dieser Menschen. Ich appelliere deshalb heute an Seine Exzellenz, den Botschafter von Russland, und über ihn an Präsident Jelzin, das Bombardement der schutzlosen Zivilbevölkerung in Tschetschenien einzustellen. Wenn Konflikte und Kriege eine Staatsangelegenheit sind, dann gehen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit uns alle an.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn sagen, dass wir die außerordentliche Auszeichnung, die das Nobelkomitee Ärzten ohne Grenzen verliehen hat, mit großer Dankbarkeit annehmen. Mit Dankbarkeit, aber auch mit tiefem Unbehagen im Wissen darum, dass die Würde der Ausgeschlossenen tagtäglich mit Füßen getreten wird: Ich spreche von den vergessenen "Völkern in Not", von den Straßenkindern zum Beispiel, die jede Stunde ihres Lebens darum kämpfen, wenigstens von den Abfällen derer zu leben, die "dazugehören", die ihren Platz in der sozialen und ökonomischen Ordnung haben. Ich spreche auch von denen, die man "Illegale" nennt, mit denen wir in Europa arbeiten, denen der Flüchtlingsstatus verwehrt wird und die nicht den Mut aufbringen, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen aus Angst, dieser Schritt könne zu ihrer Ausweisung führen.

Unsere Aufgabe ist es, Menschen in Krisensituationen zu helfen. Unsere Aufgabe ist es nicht zu kämpfen. Unsere medizinische Hilfe für Menschen in Not ist ein Versuch, sie gegen die Aggression, der sie ausgesetzt sind, zu verteidigen. Humanitäre Hilfe ist mehr als pure Großzügigkeit oder Nächstenliebe. Ihr Ziel besteht darin, Nischen der Normalität inmitten des Chaos herzustellen. Über materielle Unterstützung hinaus versuchen wir, den Menschen dabei zu helfen, ihre Rechte und Würde wiederzuerlangen. Als unabhängige Freiwilligenorganisation verpflichten wir uns, Menschen in Not direkte medizinische Hilfe zu bringen. Aber wir arbeiten nicht in einem luftleeren Raum und wir sprechen nicht in den Wind, sondern wir wollen Unterstützung anbieten, Veränderung provozieren und Ungerechtigkeit anprangern. Unser Handeln und unser Reden verstehen wir als einen Akt der Entrüstung, der Weigerung, Angriffe auf die Würde Anderer zu akzeptieren.

Die Ehre, die Sie uns heute erweisen, könnte ebenso vielen anderen Organisationen oder verdienten Personen zuteil werden, die in ihrer eigenen Gesellschaft kämpfen. Aber Sie haben sich dafür entschieden, Ärzten ohne Grenzen zu würdigen. 1971 nahmen wir offiziell unsere Arbeit auf. Eine Gruppe von französischen Ärzten und Journalisten beschloss, sich als Helfer anzubieten. Ihre Hilfe hat sich immer wieder über Gesetze und Regeln in Staaten hinweggesetzt, die die Würde des Menschen direkt verletzen. Lange genug wurde Schweigen mit Neutralität verwechselt und als notwendige Voraussetzung für humanitäre Hilfe postuliert. Ärzte ohne Grenzen hat von Anfang an im Widerspruch zu dieser Annahme gearbeitet. Wir glauben nicht, dass Worte immer Leben retten können, aber wir wissen, dass Schweigen mit Sicherheit tötet. Seit mehr als 28 Jahren fühlen wir uns dieser Ethik der Verweigerung verpflichtet. Diese Ethik bildet die Grundlage unserer Identität. Weit davon entfernt perfekt zu sein, beruht heute unsere Stärke auf den Tausenden von Freiwilligen und nationalen Mitarbeitern sowie Millionen von Spendern, die Ärzten ohne Grenzen finanziell und moralisch unterstützen. Die heutige Ehre gebührt deshalb all denen, die in irgendeiner Weise dafür

gekämpft haben und jeden Tag weiter dafür kämpfen, dass so eine Organisation wie Ärzte ohne Grenzen existieren kann.

Die humanitäre Aktion setzt ein, wenn die Politik gescheitert ist oder in einer Krise steckt. Wir handeln nicht, um politische Verantwortung zu übernehmen, sondern in erster Linie, um das durch Versagen verursachte unmenschliche Leiden zu lindern. Diese Aktion muss frei von politischer Einflussnahme sein. Die Politik ihrerseits muss ihre Verantwortung annehmen, um sicherzustellen, dass humanitäre Hilfe überhaupt geleistet werden kann. Die humanitäre Aktion braucht Rahmenbedingungen, um agieren zu können. In einem Konflikt stellt das humanitäre Völkerrecht diese Rahmenbedingungen dar. Es enthält Rechte für die Opfer und humanitären Organisationen und verankert die Verantwortung der Staaten, um sicherzustellen, dass diese Rechte eingehalten werden und um Verstöße als Kriegsverbrechen zu sanktionieren. Der Schutz durch das Völkerrecht funktioniert heute eindeutig nicht mehr. Der Zugang zu den Opfern eines Konfliktes wird den humanitären Organisationen immer häufiger verwehrt. Humanitäre Hilfe wird sogar von den Krieg führenden Parteien als Waffe benutzt. Noch größere Sorgen machen wir uns über zunehmende Militarisierung der humanitären Aktion durch die internationale Gemeinschaft.

Da der Schutz durch das Völkerrecht nicht mehr gegeben ist, protestieren wir öffentlich, um die Politik in ihre Verantwortung zu zwingen. Die humanitäre Aktion ist kein Mittel, um einen Krieg zu beenden oder Frieden zu stiften. Es ist eine Reaktion von Bürgern auf politisches Versagen. Und es ist eine sofortige, kurzfristige Aktion, die die politische Verantwortlichkeit für langfristige Lösungen nicht ersetzen kann.

Unsere Ethik der Verweigerung lässt es nicht zu, dass moralisch-politisches Versagen oder Ungerechtigkeit verschleiert werden: die ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bosnien-Herzegowina 1992; der Völkermord in Ruanda 1994; die Massaker in Zaire 1997; die systematischen Angriffe auf Zivilisten in Tschetschenien 1999. Diese Verbrechen dürfen nicht durch Begriffe wie "komplexe humanitäre Notsituation" oder "innere Sicherheitskrise" verharmlost werden oder durch andere Euphemismen – als handele es sich hier um zufällige, politisch unbeabsichtigte Ereignisse. Sprache prägt. Sie beschreibt das Problem und definiert Antworten und damit auch Verantwortlichkeit. Sie definiert, ob medizinische oder humanitäre Hilfe die angemessene Reaktion darstellt oder doch eher eine politische. Niemand bezeichnet eine Vergewaltigung als komplexen gynäkologischen Notfall. Eine Vergewaltigung ist eine Vergewaltigung und ein Völkermord ist ein Völkermord. Und beides sind Verbrechen. Die humanitäre Aktion besteht für Ärzte ohne Grenzen darin, alles zu tun, um weiteres Leiden zu verhindern, Autonomie wiederherzustellen, Verbrechen zu bezeugen und auf politischer Verantwortung zu bestehen.

Die Aktionen von Ärzte ohne Grenzen erfolgen nicht im luftleeren Raum sondern in einem politischen Kontext – in einer Sozialordnung, die Menschen einschließt und ausschließt, die Menschen bestärkt und erniedrigt, die schützt und verletzt. Unsere tägliche Arbeit ist stark geprägt von unserem medizinischen wie von unserem persönlichem Engagement. Ärzte ohne Grenzen ist keine Institution und wird es hoffentlich auch nie werden. Wir sind eine Organisation der Zivilgesellschaft in einer Zeit, in der der Zivilgesellschaft eine neue globale Rolle zufällt. Sie beruft sich auf eine neue Legitimität, die ihren Ursprung hat in der konkreten Aktion und der Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Sie hat ihren Ursprung ebenso in der Entwicklung der Menschenrechte, der ökologischen und humanitären Bewegung und natürlich in der Bewegung für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Es geht nicht nur um Konflikte und Gewalt. Nur wenn wir uns über unsere Absichten klar sind, können wir als Teil der Zivilgesellschaft unsere Rolle und unseren Einfluss aufrechterhalten.

Als Zivilgesellschaft stehen wir in Beziehung zum Staat, zu seinen Institutionen und seiner Macht. Wir stehen auch in Beziehung zu nichtstaatlichen Akteuren wie dem privaten Sektor. Wir wollen den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir wollen nicht als humanitäres Alibi missbraucht werden, um die Verantwortung des Staates zu kaschieren. Und unsere Aufgabe ist es nicht, gemeinsam mit dem Staat das Elend zu verwalten. Die Verantwortung des Staates ist es, Menschen zu integrieren, nicht auszuschließen, öffentliche und private Interessen auszugleichen und eine

gerechte Sozialordnung zu garantieren. Wenn die Zivilgesellschaft ein Problem identifiziert, dann ist sie deshalb noch nicht verantwortlich für eine Lösung, sondern sie kann vom Staat konkrete und gerechte Lösungsvorschläge erwarten. Einzig der Staat besitzt die Legitimation und die Macht, dies zu tun. Heute sind wir von wachsender Ungerechtigkeit umgeben. Mehr als 90 Prozent aller Sterbe- und Krankheitsfälle an Infektionskrankheiten geschehen in den Entwicklungsländern. Ein Grund dafür, dass Menschen an Krankheiten wie AIDS, Tuberkulose, Schlafkrankheit und anderen tropischen Krankheiten sterben, liegt darin, dass lebensrettende Medikamente zu teuer sind oder gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie sind nicht mehr profitabel, und es findet praktisch keine neue Forschung und Entwicklung im Bereich der Tropenkrankheiten statt. Das Versagen des Marktes stellt unsere nächste Herausforderung dar. Diese Herausforderung geht jedoch nicht nur uns an. Auch Regierungen, internationale Regierungsorganisationen, die pharmazeutische Industrie und andere Nicht-Regierungsorganisationen müssen sich dieser Ungerechtigkeit stellen. Wir als Bürgerbewegung verlangen Veränderung, nicht Mitleid.

Wenn wir immer wieder betonen, dass der humanitäre Bereich vom politischen unabhängig sein muss, so tun wir dies nicht, um die "guten" Nicht-Regierungsorganisationen den "schlechten" Regierungen oder die "Tugendhaftigkeit" der bürgerlichen gegen die "Lasterhaftigkeit" der politischen Macht gegenüberzustellen. Diese Polemik wäre falsch und gefährlich. Wie die Geschichte der Sklaverei und der öffentlichen Wohlfahrt zeigt, gewinnen humanitäre Anliegen, die ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft haben, so sehr an Einfluss, dass sie eines Tages auf der Tagesordnung der Politiker stehen. Aber diese Annäherung darf nicht über den Unterschied zwischen dem politischen und dem humanitären Bereich hinwegtäuschen. Die humanitäre Arbeit ist kurzfristig angelegt, bezieht sich auf bestimmte Gruppen und bestimmte Ziele. Dies ist gleichzeitig ihre Stärke wie ihre Schwäche. Politik kann nur langfristig erfolgen und führt ihrerseits wieder zu Gesellschaftsbewegungen. Die humanitäre Aktion ist per definitionem universell. Humanitäre Verantwortung kennt keine Grenzen. Wo auch immer in der Welt offensichtliche Not herrscht, ist es eine Aufgabe der humanitären Organisationen, darauf zu reagieren. Die Politik dagegen kennt Grenzen und ihre Antwort auf Krisensituationen wird von historischen Gegebenheiten, dem Machtgleichgewicht und Interessenskonflikten beeinflusst. Zeit und Raum der humanitären Aktion entsprechen nicht der Zeit und dem Raum des Politischen. Sie verlaufen oft in entgegengesetzte Richtung. Auf diese Weise lassen sich auch die Grundprinzipien der humanitären Aktion festmachen: Man kann Menschenleben nicht gegeneinander aufrechnen. Ein Geretteter rechtfertigt keinen Menschen, dem bewusst nicht geholfen wird. Ein Menschenleben heute kann nicht gemessen werden an seinem zukünftigen Wert, und die Linderung von Leiden "hier" kann nicht die fehlende Hilfe "dort" legitimieren. Natürlich müssen aufgrund der begrenzten Mittel Entscheidungen getroffen werden, aber Kontext und Beschränkungen der Hilfsmöglichkeiten ändern nichts an den Grundfesten der humanitären Vision, die definitionsgemäß politische Entscheidungen ignorieren muss. Die politische Natur entspricht nicht der humanitären Natur. Wo es um humanitäre Aktion geht, hat Berechnung nichts zu suchen. Aber heute herrscht eine große Verwirrung und Unklarheit bei sogenannten "militärisch-humanitären Einsätzen". Zivile unabhängige Hilfe muss unabhängig sein. Wir können diese sogenannten militärisch-humanitären Aktionen nicht gutheißen. Humanitäre Hilfe muss Leben retten, nicht zerstören. Unsere Waffen sind unsere Transparenz und unsere klaren Absichten ebenso wie unsere Medikamente und chirurgischen Instrumente. Kampfflugzeuge und Panzer können nicht unsere Waffen sein, auch wenn wir manchmal denken, ihr Einsatz sei erforderlich. Der humanitäre und der militärische Einsatz sind nicht dasselbe, können nicht als dasselbe angesehen werden und werden nie dasselbe sein. Aus diesem Grund haben wir jegliche Finanzierung durch NATO-Mitgliedsstaaten für unsere Arbeit im Kosovo abgelehnt. Und aus demselben Grund kritisieren wir den humanitären Diskurs der NATO. Deshalb können wir zwar vor Ort, Seite an Seite mit militärischen Verbänden arbeiten, aber sicher nicht unter ihrer Oberhoheit.

Die Diskussion über das "Recht auf Einmischung", das Recht eines Staates auf Intervention zur Verfolgung humanitärer Absichten, stellt einen Beweis für diese Zwiespältigkeit dar. Mit dem "Recht auf Einmischung" wird versucht, die politische Frage des Machtmissbrauchs auf die Ebene der humanitären Aktion zu heben und militärische Sicherheitsmaßnahmen mit humanitären Gründen zu legitimieren. Vermischt man die humanitäre Aktion mit sicherheitspolitischen Bedürfnissen, dann

bekommt unweigerlich die humanitäre Hilfe eine sicherheitspolitische Komponente. Es muss in Erinnerung gerufen werden, dass die UN-Charta Staaten teilweise zum gewaltsamen Eingreifen verpflichtet, um damit eine Gefährdung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu beenden. Es ist überhaupt nicht nötig – es ist im Gegenteil sogar gefährlich – eine humanitäre Rechtfertigung hierfür zu suchen. An diesem Wochenende treffen sich in Helsinki Mitglieder verschiedener Regierungen, um den Aufbau einer europäischen Armee zu beraten; nicht, um theoretisch die NATO zu ersetzen, sondern um für humanitäre Einsätze verfügbar zu sein. Wir appellieren an die Regierungen, diesen Weg der riskanten Zwiespältigkeit nicht weiter zu verfolgen. Dennoch fordern wir sie auf, nach Wegen zu suchen, die öffentliche Sicherheit zu stärken, so dass Völker- und Menschenrechte respektiert werden können.

Die humanitäre Aktion hat ihre Grenzen. Sie kann kein Ersatz für politisches Handeln sein. In der Frühphase des Völkermords in Ruanda forderte Ärzte ohne Grenzen die Weltgemeinschaft auf, diesen Völkermord mit allen Mitteln zu beenden. Und dieselbe Aufforderung erging vom Roten Kreuz. Es war ein Aufschrei, der auf völlig gelähmte Institutionen traf; Eigeninteresse und die Verleugnung politischer Verantwortung wurden einfach hingenommen. Es war ein Aufschrei gegen ein Verbrechen, das wir nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs "nie wieder" hätten hinnehmen dürfen. Der Völkermord war vorbei, bevor die "Operation Turquoise" der UN begann.

Unter den geladenen Gästen möchte ich für einen Moment Chantal Ndagijimana besonders begrüßen. Sie verlor 40 Familienmitglieder während des Völkermords in Ruanda 1994. Heute arbeitet sie in unserem Brüsseler Team. Sie überlebte den Völkermord, aber ihre Eltern, Brüder und Schwestern überlebten nicht wie eine Million andere auch. Genauso wie Hunderte unserer nationalen Mitarbeiter. Ich war zu jener Zeit Projektleiter in Kigali. Es gibt keine Worte, um den unglaublichen Mut zu beschreiben, mit dem sie arbeiteten. Keine Worte, um das Grauen zu beschreiben, in dem sie starben. Und keine Worte, um das schreckliche Leid zu beschreiben, das alle Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen und auch ich selbst immer in uns tragen werden.

Ich erinnere mich, dass einer meiner Patienten in Kigali zu mir sagte: "Ummera, Ummera – sha". Dies ist eine ruandische Redensart, die sich ungefähr übersetzen lässt mit "Mut, Mut, mein Freund – finde deinen Mut und halte ihn lebendig". Die Frau, die es dort im Krankenhaus zu mir sagte, war zwar nicht mit einer Machete angegriffen worden, aber ihr ganzer Körper war systematisch verstümmelt worden. Ihre Ohren waren abgeschnitten worden. Und ihr Gesicht war so sorgfältig entstellt worden, dass sich in den Schnitten ein Muster erkennen ließ. An jenem Tag wurden Hunderte Frauen, Kinder und Männer zum Krankenhaus gebracht, so viele, dass wir sie teilweise auf die Straße legen mussten. Und häufig operierten wir sie gleich dort, so dass das Wasser im Rinnstein um das Krankenhaus herum buchstäblich rot vor Blut war. Sie war eine unter vielen, die unmenschliches und unbeschreibliches Leid erdulden musste. Wir konnten in dem Moment nicht viel mehr für sie tun, als mit wenigen Stichen ihre Blutung zu stillen. Wir waren völlig überwältigt und sie wusste, dass sie eine von vielen war. Sie wusste es und ich wusste es. Sie befreite mich aus meiner eigenen unentrinnbaren Hölle. Mit der klarsten Stimme, die ich je gehört habe, sagte sie zu mir: "Allez, allez ... ummera, ummera-sha" – "los, los ... mein Freund, finde deinen Mut und halte ihn lebendig".

Die humanitäre Hilfe hat Grenzen. Kein Arzt kann einen Völkermord verhindern. Ein humanitärer Helfer kann weder "ethnische Säuberungen" stoppen noch Krieg führen. Kein humanitärer Helfer kann einen Frieden aushandeln. Dieses ist politische Verantwortlichkeit und keine Forderung an die Humanitären. Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Die humanitäre Aktion ist die apolitischste von allen, aber wenn ihre Aktionen und ihre Moral ernst genommen werden, dann hat sie die weitestreichenden politischen Implikationen. Der Kampf gegen die Straflosigkeit stellt eine dieser Implikationen dar. Bestätigt wurde dies durch die Bildung des Internationalen Gerichtshofs für das frühere Jugoslawien und Ruanda sowie die Entwicklung von Statuten für einen Internationalen Strafgerichtshof. Dies sind wesentliche Schritte. Aber heute, am 51. Jahrestag der Menschenrechtserklärung, gibt es den Gerichtshof immer noch nicht, und seine Statuten wurden gerade einmal von drei Staaten ratifiziert. Bei diesem Tempo wird es noch 20 Jahre dauern, bis der

Gerichtshof arbeiten kann. Müssen wir wirklich so lang warten? Wie hoch auch immer die politischen Kosten für die Errichtung eines Rechtssystems sein mögen, Ärzte ohne Grenzen kann und wird bezeugen, dass die menschlichen Kosten der Straflosigkeit unerträglich sind.

Nur Staaten können Respekt für das humanitäre Völkerrecht einfordern, und diese Bemühungen dürfen nicht nur symbolischer Art sein. Srebrenica, wo wir gearbeitet haben, war angeblich eine Sicherheitszone. Die UN war ebenso vor Ort und versprach, die Menschen zu schützen. Sie hatte Blauhelme vor Ort. Doch die UN war präsent und schwieg – als die Menschen von Srebrenica umgebracht wurden.

Nach den UN-Interventionen im früheren Jugoslawien und Ruanda, die zum Tod von Tausenden führten, spricht sich Ärzte ohne Grenzen gegen das Prinzip der militärischen Intervention aus, wenn Verantwortlichkeit und Transparenz nicht gewährleistet sind. Es ist nicht nötig, dass Streitkräfte zeigen, dass sie schneller als die Nicht-Regierungsorganisationen Flüchtlingslager aufbauen können. Armeen sollten im Dienst der Regierungen und der Polizei stehen, die die Rechte der Opfer schützen sollen.

Wenn militärische Operationen der UN in Zukunft die Zivilbevölkerung schützen sollen und dabei über die "mea culpa"-Entschuldigungen des Generalsekretärs hinausgehen sollen, dann muss es eine Reform der friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen geben. Die Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates sollten öffentlich Rechenschaft ablegen über die Entscheidungen, für oder gegen die sie stimmen. Das Vetorecht muss geändert werden. Mitgliedsstaaten sollten dazu verpflichtet sein, dass angemessene Mittel für die Umsetzung ihrer Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden.

Ja, humanitäre Hilfe hat Grenzen. Sie hat auch Verantwortung. Und dabei geht es nicht nur um Verhaltensrichtlinien und technische Durchführung. In erster Linie geht es um eine in moralische Grundsätze gegossene Ethik. An dieser Stelle muss die moralische Intention der humanitären Hilfe ihren tatsächlichen Ergebnissen gegenübergestellt werden. Und an diesem Punkt weisen wir jede Form der moralischen Neutralität über das, was gut ist, zurück. Das Ergebnis kann nämlich sein, dass die humanitäre Hilfe, wie 1985 in Äthiopien geschehen, dazu benutzt wird, die Zwangsumsiedlungen zu unterstützen oder wie 1996 geschehen, ein völkermordendes Regime in den Flüchtlingscamps von Goma zu stärken. Manchmal ist es nötig, keine Hilfe zu leisten, um zu verhindern, dass sie gegen eine notleidende Bevölkerung eingesetzt wird. Ein Beispiel aus letzter Zeit: 1995 waren wir die erste unabhängige Organisation, der es gestattet wurde, in Nordkorea zu arbeiten. Trotzdem mussten wir das Land im Herbst 1998 wieder verlassen. Weshalb? Weil wir zu der Überzeugung kamen, dass unsere Hilfe nicht frei und unabhängig von politischer Einflussnahme durch staatliche Autoritäten geleistet werden konnte. Wir stellten fest, dass sich für die Bedürftigsten praktisch nichts änderte, da die Nahrungsmittelhilfe dazu benutzt wurde, ein System zu stabilisieren, das in erster Linie Gefährdung und Hunger von Millionen erzeugte. Humanitäre Hilfe muss unserer Meinung nach unabhängig sein. Wir fordern Freiheit bei der Evaluierung, Verteilung und Kontrolle unserer Hilfe, damit den Bedürftigsten zuerst geholfen wird. Hilfe darf nicht die Ursachen der Not verschleiern und sie darf auch kein Mittel der Innen- oder Außenpolitik werden, das menschliches Leiden eher erzeugt denn bekämpft. Wo immer dies der Fall ist, müssen wir uns dem Dilemma stellen und uns fragen, ob ein Rückzug die Beste aller schlechten Optionen darstellen könnte. Ärzte ohne Grenzen stellt die Grenzen und Dilemmata der humanitären Aktion immer wieder in Frage – insbesondere wenn sich diese stillschweigend den Interessen der Staaten oder Streitkräfte unterordnet.

In der vergangenen Woche verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten ein Gesetz, das den direkten Nahrungsmitteltransfer zu den Rebellen im Südsudan erlaubt. Nach Ansicht von Ärzte ohne Grenzen ist dies ein großer Fehler, ein falsches Verständnis von Bedeutung und Absicht humanitärer Hilfe. So wird Nahrungsmittelhilfe zum Öl im Feuer des Krieges. Es ist ein Versäumnis des Staates, wenn er nicht alle politischen Mittel nutzt, um einen 17 Jahre dauernden Bürgerkrieg zu beenden, der bereits Millionen von Menschenleben gefordert hat. Der Bürgerkrieg im Sudan stellt heute eine menschliche Katastrophe dar, bei der Millionen von Menschen geflohen und von Hunger und

Krankheit bedroht sind; bei der Menschen immer wieder beschossen, ausgeraubt und geplündert werden; bei der die Interessen der Ölkonzerne regieren, während viele buchstäblich in der Sklaverei leben; bei der der humanitäre Raum so eng bemessen ist, dass er praktisch nur auf dem Papier besteht; und bei der wir und andere Nicht-Regierungsorganisationen und UN-Organisationen darum kämpfen müssen, Hilfe und Schutz zu gewähren. Gibt es keine andere politische Option, als durch Nahrungsmittelhilfe den Krieg einzudämmen? Nahrungsmittel- oder humanitäre Hilfe kann kein Mittel der Staatskunst sein, wenn es wirkliche "humanitäre Hilfe" sein soll. In diesem Fall ist es unsere Aufgabe, den perfiden Gebrauch von Nahrung öffentlich zu machen, der die Bedeutung von humanitärer Hilfe zunichte macht. Wenn die Politik sich in Krankenwagen versteckt, kann man davon ausgehen, dass auf den Krankenwagen geschossen werden wird. Und wenn Nahrung als Kriegswaffe benutzt wird, legitimiert dies, dass es ein Kriegsziel werden kann, Menschen auszuhungern.

Die unabhängige humanitäre Aktion ist ein täglicher Kampf für Schutz und Hilfe. In den allermeisten unserer Projekte wird er nicht im Scheinwerferlicht ausgetragen und steht auch nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der politisch Mächtigen. Er wird ausgetragen ganz tief und ganz persönlich im zermürbenden Alltag eines vergessenen Kriegs und chronischer Not. Unzählige Menschen in Afrika vegetieren vor sich hin, obwohl der Kontinent reich an natürlichen Ressourcen und Kultur ist. Hunderttausende sind gezwungen, ihr Land und ihre Familie auf der Suche nach Arbeit oder Nahrung zu verlassen oder um ihre Kinder zu erziehen und am Leben zu halten. Frauen und Männer riskieren ihr Leben, um sich heimlich auf die Flucht zu begeben – nur um schließlich in einem der höllischen Aufnahmezentren zu landen oder um mehr schlecht als recht am Rande unserer so zivilisierten Welt zu überleben.

Unsere Freiwilligen und Angestellten leben und arbeiten mit den Menschen, deren Würde täglich verletzt wird. Diese Helfer entscheiden sich freiwillig dafür, ihre Freiheit zu nutzen, um die Welt ein bisschen erträglicher zu machen. Trotz aller großen Debatten über die Weltordnung reduziert sich die humanitäre Aktion letztlich darauf: Individuen stehen ihren Mitmenschen bei, die sich in einer unglaublich schwierigen Situation befinden. Manchmal ist es ein Verband, manchmal eine Naht, manchmal eine Impfung. Und – dies ist einzigartig für die Organisation Ärzte ohne Grenzen, die weltweit in 80 Ländern arbeitet, von denen mehr als 20 Konfliktgebiete sind – unsere Freiwilligen berichten der Öffentlichkeit, was sie gesehen haben. Sie tun dies in der Hoffnung, dass die Gewaltzyklen und die Zerstörung nicht endlos währen.

Wir möchten dem Nobelkomitee ganz besonders danken, dass sie mit unserer Auszeichnung das Recht auf humanitäre Hilfe weltweit gestärkt haben. Ärzte ohne Grenzen wird auch weiterhin kein Blatt vor den Mund nehmen, wird leidenschaftlich und zutiefst engagiert die Kernprinzipien des freiwilligen Einsatzes und der Unparteilichkeit verteidigen sowie seinen festen Glauben daran, dass jeder Menschen sowohl medizinische Hilfe als auch die Anerkennung ihrer oder seiner Würde verdient. Wir möchten heute die Gelegenheit nutzen, unseren Freiwilligen und nationalen Mitarbeitern unsere tiefe Dankbarkeit auszusprechen. Sie sind es, die diese ehrgeizigen Ideale Wirklichkeit werden lassen und die, so glauben wir, etwas Frieden in eine Welt bringen, die so immenses Leid erfahren hat. Sie sind es, die Ärzte ohne Grenzen Wirklichkeit werden lassen.